



Niederschrift

Nr. 10

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der
VRR AöR am Mittwoch, den 15.03.2023, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt
Essen, Porscheplatz, Raum 2.20**

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzende

Frau Martina Foltys-Banning

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Frederik Engeln, Herr Christian Gebel, Herr Frank Gensler, Herr Guido Görtz, Herr Frank Heidenreich, Herr Hans-Jörg Herhausen, Herr Jörg Jedfeld, Herr Johannes Kraft, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Joachim Roeske, Frau Laura Ann Rosen

SPD plus ordentliche Mitglieder

Herr Horst Fischer, Herr Torsten Heymann, Herr Arif Izgi, Frau Heike Kretschmer, Herr Dieter Lieske, Herr Reiner Rogall, Herr Axel C. Welp

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Frau Martina Herrmann, Herr Timo Schmidt, Herr Matthias Schneider

NVN ordentliche Mitglieder

Frau Sigrid Eicker

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Ulrich Beul

SPD plus stellvertretende Mitglieder

Herr Axel Barton

Bündnis 90/Die Grünen stellvertretende Mitglieder

Herr Rolf Fliß

Berater/Gäste

Herr Jürgen Eichel, Herr Detlef Neuss

Vorstand VRR AöR

Frau Gabriele Matz, Herr José Luis Castrillo

Verwaltung

Herr Mark Binder, Herr Dr. Stephan Hörold, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Herr Dino Niemann, Herr Rolf Ommen, Herr Georg Seifert, Frau Claudia Weber

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Thomas Schäfer

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

- | | | |
|----|---|----------------|
| 1. | Form und Frist der Ladung | |
| 2. | Beschlussfähigkeit und Tagesordnung | |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 16.01.2023 | |
| 4. | Sachstandsbericht | GP/X/2023/0464 |
| 5. | DeutschlandTicket | M/X/2023/0478 |
| 6. | Tarifangelegenheiten | M/X/2023/0479 |
| 7. | Marketingangelegenheiten | M/X/2023/0480 |
| 8. | Anfragen und Mitteilungen | |

1. Form und Frist der Ladung

Die Vorsitzende **Frau Foltys-Banning** stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt.

Herr Welp schlägt vor, zum Tagesordnungspunkt 5 Deutschland-Ticket heute keine Empfehlung zum Beschluss des Verwaltungsrates der VRR AöR abzugeben. Dies sollte nicht als Ablehnung des Vorhabens zur Einführung des Deutschland-Ticket gewertet werden, sondern geschehe insbesondere aufgrund der fließenden politischen Entwicklung und der damit verbundenen sich ändernden Rahmenbedingungen. Auch aufgrund der umfangreichen Vorlage der VRR AöR bestehe für die SPD weiter Beratungsbedarf.

Herr Petrauschke stimmt dem Vorschlag der SPD zu und stellt darüber hinaus die Frage, warum nach einer auf Bundesebene beschlossenen Gesetzesvorlage noch eine Zustimmung des Zweckverbandes VRR erforderlich sei.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Tarif und Marketing der VRR AöR **Frau Foltys-Banning** stellt fest, dass die Tagesordnung dahingehend geändert wird, dass zum Tagesordnungspunkt 5 Deutschland-Ticket (Drucksache Nr. M/X/2023/0478) in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der VRR AöR keine Empfehlung abgegeben wird. Im Verwaltungsrat am 22.03.2023 bestehe die Gelegenheit ggf. einen Beschluss zu fassen, und auch weitere offene Fragen zu diskutieren.

Herr Castrillo schlägt vor, die heutige Sitzung zu nutzen, um einen Sachstandsbericht zum Tagesordnungspunkt 5 Deutschland-Ticket (Drucksache Nr. M/X/2023/0478) abzugeben. Dies sei sicherlich vor dem Hintergrund der komplexen Zusammenhänge zum Thema Deutschland-Ticket zur weiteren Information dienlich.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR beschließt einstimmig das

die Tagesordnung der heutigen Sitzung dahingehend geändert wird, dass zum Tagesordnungspunkt 5 Deutschland-Ticket (Drucksache Nr. M/X/2023/0478) keine Empfehlung abgegeben wird. Stattdessen soll ein Sachstandsbericht durch die VRR AöR abgegeben werden.

Die Tagesordnung wird ohne weitere Ergänzungen genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 16.01.2023

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 16.01.2023.

4. Sachstandsbericht
Vorlage: GP/X/2023/0464

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt den Sachstandsbericht inklusive 1. Nachtrag nebst Anlagen zur Kenntnis.

5. DeutschlandTicket
Vorlage: M/X/2023/0478

Herr Castrillo erläutert den aktuellen Sachstand zum Deutschland-Ticket. Hierbei ist grundsätzlich die Kunden- und Kundinnenseite und die Seite der ordnungspolitischen Umsetzung zu unterscheiden.

Im Hinblick auf die Kundschaft wird von den Verkehrsunternehmen im Moment die Überführung des VRR-Bestandsklientel in das neue Angebot vorbereitet und auch schon aktiv betrieben. Dabei ist festzustellen, dass die passive Migration, also der proaktive Wechsel von einem zum anderen Ticket durch die Verkehrsunternehmen nur äußerst geringe Widersprüche bei der Kundschaft auslöst. Um dieses Vorgehen auch rechtlich abzusichern, wird die Migration Teil der Tarifgenehmigung sein.

Die Produkteigenschaften des bundesweiten Deutschland-Tickets beinhalten keine Zusatznutzen. Um der Kundschaft im VRR und auch perspektivisch in NRW einheitliche Zusatzangebote machen zu können, sollen entsprechende Aufpreis-Produkte eingeführt werden. Nach heutigem Stand sind diese Aufpreise vor dem Hintergrund der erwarteten rechtlichen Rahmenbedingungen als förderunschädlich anzusehen.

Bei den Studierenden entsteht auf Basis der Preishöhe des Deutschland-Tickets eine neues abgesenktes Referenzniveau zur Bestimmung des Preises des SemesterTickets. Da eine kurzfristige Umsetzung im laufenden Semester ausgeschlossen ist, soll Studierenden ein Aufpreis in Höhe der Differenz des Preises des SemesterTickets zum Deutschland-Ticket als Übergangslösung ab dem 01.05.2023 angeboten werden. Dieser Aufpreis ist nach heutigem Wissensstand mit dem zukünftigen Rahmen der Förderrichtlinie vereinbar, da sich der Preis des Deutschland-Tickets in Summe nicht verändert. Auf Bundesebene soll in Zukunft ein Solidarmodell entwickelt werden, das die Übergangslösungen beim SemesterTicket ablösen soll.

Zum Tarif eezy.nrw ist auf Landesebene vereinbart worden, dass ein Preisdeckel in der Höhe von 49,00 €/Monat festgelegt wird. Der Dank gilt dem Land, das angekündigt hat, die entstehenden Mindererlöse auch für verbundinterne Fahrten auszugleichen.

Ferner wird die Einführung des DeutschlandTickets Auswirkungen auf den VRR-Altтарif entfalten. Dennoch wird der VRR-Altтарif zunächst erhalten bleiben, da er als Referenzwert bei der Ermittlung der Mindererlöse durch das DeutschlandTicket herangezogen wird.

Der VRR wird nun in die aktive Vermarktung des DeutschlandTicket eintreten und den bundesweit einheitlichen Vertriebsstart mit unterstützen.

Nach der vorliegenden Fassung zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes des Bundes ist die Finanzierung inkl. Nachschusspflicht für das Jahr 2023 vollständig gesichert. Für die Mittel ab 2024 werden weitere Anstrengungen erforderlich. Dieses schließt die Finanzierung der Bestandsverkehre ein.

Zum ordnungspolitischen Rahmen ist festzuhalten:

Zur Beurteilung der Haftungsfragen der Gremienmitglieder des VRR im Zusammenhang mit der Einführung des Deutschland-Tickets hatte die VRR AöR ein Rechtsgutachten bei Hr. Prof. Dr. Oebbecke eingeholt. Im Kern stellt Prof. Dr. Oebbecke fest, dass es wahrscheinlich ist, dass ein rechtliches Risiko durch die Beschlussfassung zum Deutschland-Tickets eintreten könnte. Dieses resultiere aus der im ÖPNVG nicht explizit genannten Zuständigkeit der Verbände für derartige bundesweite Tarifprodukte. **Herr Castrillo** macht darauf aufmerksam, dass alle Gremienmitglieder der die VRR-Gremien verpflichtet sind, ihre entsendenden Gebietskörperschaften auf mögliche Risiken hinweisen.

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW teilt die Einschätzung des Gutachtens nicht, sieht aber eine Änderung des ÖPNVG bis zum 30.09.2023 vor, da ohnehin eine Anpassung für die Ausbildungsverkehre erforderlich sei.

Herr Castrillo stellt fest, dass Vorgaben für ein Deutschland-Ticket vom Bund und vom Land NRW voraussichtlich auferlegt werden. Dieses schließt die Anwendung des Tarifes zum Deutschland-Ticket bis 30.09.2023 ein. Zur umfangreichen Information der kommunalen Spitzen und der Mitglieder des Zweckverbandes VRR zur aktuellen Situation vor dem Hintergrund des eingeholten Rechtsgutachtens von Hr. Prof. Dr. Oebbecke, wird im Moment ein Schreiben seitens der VRR AöR vorbereitet.

Herr Petrauschke formuliert den Standpunkt der CDU, dass vor dem Hintergrund der geschilderten rechtlichen Sachlage eine Zustimmung unter den gegebenen Bedingungen zum Deutschland-Ticket heute nicht erfolgen kann.

Herr Heidenreich ergänzt, dass es für die CDU zu keinen steigenden Lasten der Städte und Kommunen durch die Einführung des Deutschland-Tickets kommen darf und betont, dass die CDU weiterhin die Einführung, auch unter widrigen Umständen, begrüßt. Sollte eine Verpflichtung zur Anwendung des Tarifes zum 30.09.2023 ausgesprochen werden, so würde dadurch kein Beschluss des Zweckverbandes VRR erforderlich sein. Im Nachgang wären aber die rechtlichen Rahmenbedingungen in Form einer Landes- und Bundesgesetzgebung auch in Form entsprechender Richtlinien und einem Erlass einer Allgemeinen Vorschrift auf Ebene des Zweckverbandes VRR (Aufgabenträgerfunktion) erforderlich.

Frau Wirths weist auf die zurzeit noch unklare Rechtslage hin. Die damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse sind unter Vorbehalt zu treffen. Der Bund beabsichtigt eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes zwar, hat dies bisher allerdings noch nicht umgesetzt.

Herr Welp regt an, im Info-Schreiben ausdrücklich zu betonen, dass es keine Verschiebung der Lasten in Richtung der Kommunen geben wird. Weiterhin soll deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass die Umsetzung und die zukünftige Weiterführung des Deutschland-Ticket an die auskömmliche Finanzierung des Angebotes gebunden sind. Sollte die Finanzierung nicht mehr sichergestellt sein, so wäre das Deutschland-Ticket unverzüglich vom Markt zu nehmen.

Frau Foltys-Banning regt an, dass Info-Schreiben zunächst intern an die Mitglieder der politischen Fraktionen im Zweckverband VRR zu weiteren Abstimmung zu verschicken.

Herr Welp regt an, die Auswirkungen auf das Tarifgefüge im VRR und auch auf Landesebene durch Einführung des Deutschland-Tickets nicht aus dem Blick zu verlieren. Ziel muss es sein, die Tarifstrukturen im Hinblick auch auf zukünftige Entwicklungen zu ertüchtigen. Er weist darauf hin, dass das im Moment noch bestehende Zeitfenster hierzu nicht unbegrenzt offensteht.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR beschließt einstimmig, dass zum Tagesordnungspunkt 5 Deutschland-Ticket (Drucksache Nr. M/X/2023/0478) inklusive 1. Nachtrag (Drucksache Nr. M/X/2023/0478/1) in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der VRR AöR keine Empfehlung abgegeben wird.

6. **Tarifangelegenheiten**

Vorlage: M/X/2023/0479

A) Beschluss:

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt einstimmig dem Verwaltungsrat der VRR AöR folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Verwaltungsrat der VRR AöR stimmt der baustellenbedingten Verlängerung des Pilotprojektes „kostenloses Straßenbahnfahren in der Neusser Innenstadt,

Linie 709“ bis einschließlich August 2024 zu.“

B) Sachstände

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt folgende Sachstände einstimmig zur Kenntnis.

1. Einnahmen und Fahrten Januar bis Dezember 2022
2. Vertriebsstrategie 2030
3. FlexTicket Sozial
4. Tarifkooperationen

7. Marketingangelegenheiten

Vorlage: M/X/2023/0480

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt folgende Sachstände zur Kenntnis:

1. Kundenkommunikation im SPNV,
2. Kundenkommunikation Tarif und Marketing.

8. Anfragen und Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Martina Foltys-Banning
Vorsitzende

Thomas Schäfer
Schriftführer